



475 27.3.2023

[BVG-Aktuell](#) / [Termine](#) / [Links](#) / [Themen](#)



Newsletter als PDF zum Herunterladen und Ausdrucken hier.

An *|FNAME|* *|LNAME|*

KOMMENTAR

Reform auf dem Stumpengleis

Die Politik hat die berufliche Vorsorge voll in Beschlag genommen. Entsprechend ist das Resultat der BVG-Revision. Dazu gehört, dass das sehr «linke» Ergebnis paradoxerweise von Links entschieden abgelehnt wird. Parteipolitische Interessen geben den Ausschlag. Zu der verworrenen Gemengelage gehört, dass der VPOD kurz vor der Schlussabstimmung offenbar versuchte, die Vorlage noch im Parlament zum Scheitern zu bringen. Das wäre ihm wohl lieber gewesen, als sie zu bekämpfen. Aber nur die Kammer der PK-Experten hat in letzter Minute und vielleicht etwas naiv versucht, noch Sand in das parlamentarische Räderwerk zu streuen.

Im Ständerat wurde darum gestritten, wie weit die Erweiterung des Bezügerkreises gehen soll. Je mehr, umso sozialer, umso besser. Die FDP-Ständeräte Dittli und Müller hatten ihr Herz für die Teilzeit- und Mehrfachbeschäftigten entdeckt, und der Rat folgte ihnen. Die Kosten für Arbeitnehmer- und -geber schienen irrelevant. Es wurde nie untersucht, für wie viele der bisher vom BVG Ausgeschlossenen die 2. Säule sinnvoll und wünschenswert ist. Die Richtung stimmte, aber das Ziel blieb diffus.

Ganz falsch gelaufen ist die Revision in der Frage der Kompensation. Wenn in Fachkreise von «schlechtem Handwerk» die Rede ist, dann ist das vornehm ausgedrückt. Kompliziert, schwer bis gar nicht kommunizierbar, mit unerwünschten Kollateralschäden. Kurz: Pusch. Auch hier lautete die Devise: je mehr, umso besser. Wie viele Destinatäre tatsächlich betroffen sind, bleibt Gegenstand einer Debatte in Fachkreisen: die Zahl dürfte irgendwo zwischen 13 und 20 Prozent liegen, vielleicht auch etwas höher. Aber jetzt sollen rund 50 Prozent einen Zuschlag erhalten, weitgehend fremdfinanziert. Den Vogel hat unser Innenminister abgeschlossen, als er den Ständeräten die Gewissensfrage stellte: Wie wollen Sie die Reform durch die Volksabstimmung bringen, wenn nur 50 Prozent einen Zuschlag erhalten?

Eigentlich scheint klar, was mit Blick auf die absehbare Abstimmung von dieser Revision zu halten ist. Aber nun kommt der politische Feinschliff. Wir haben wenigstens etwas, der Reformstau ist überwunden. Erreicht wurde eine Senkung des Umwandlungssatzes und eine sehr weitgehende, sicher zu weitgehende Ausweitung des Versichertenkreises, eine verbesserte Beitragsstaffelung und die Kompensation – unerfreulich, aber technisch umsetzbar. Und wenn die Revision bachab geht, sind wir sicher, dass etwas Besseres kommt? Eher nicht!

Und politisch mit noch feinerer Klinge gefochten: Wer jetzt auf bürgerlicher Seite opponiert, begibt sich in die Fänge der linken Gegner; läuft Gefahr, von diesen instrumentalisiert zu werden und scheint zu bestätigen, dass diese 2. Säule sowieso ein Unding ist: teuer, unsozial, ungerecht, unverständlich. Ein Geschäftsmodell der Banken und Versicherungen auf dem Buckel der um ihren Mehrwert betrogenen Lohnabhängigen. Etwa so oder ähnlich könnte es dann tönen. Also unterstützen wir nolens volens die Revision. Der Mist ist sowieso geführt und wenn sie beim Volk durchfällt, kann man uns keinen Vorwurf machen.

Ob das überzeugt, ist unsicher. Nach ersten Stimmen zu urteilen, ist vielen Kassen die Durchführung der Vorlage ein Gräuel, den Experten sowieso, technische Machbarkeit hin oder her. Der Betrieb der Pensionskassen wird nochmals komplexer, teurer, aufwändiger. Der Pensionskassenverband hat in einer ersten Stellungnahme wissen lassen, dass er sein Verdikt erst nach einer Mitgliederbefragung fällt. Sie könnte anders ausgehen als jetzt vielleicht gewünscht.

Die Bauern sind dagegen, grosse Teile des Gewerbes ebenfalls. Die SVP hat zwar – wenn auch mit diversen Enthaltungen und Gegenstimmen – zusammen mit GLP, FDP und Mitte – der Schlussfassung zugestimmt, aber ohne Begeisterung. Die gemeinsame Stellungnahme der Parteipräsidenten zusammen mit dem Arbeitgeberverband, der sich jetzt wieder aus der Deckung wagt, ist brav ausgefallen. Glaubt man den politischen Prognostikern und Kaffeesatzlesern, dürfte das Referendum für die Linke zum Sparziergang werden. Aber das wünscht man sich auch wieder nicht. Aber was soll man sich jetzt wünschen? Wissen Sie es, verehrte Leserin, geschätzter Leser?

Peter Wirth, [E-Mail](#)



**In Form – informiert
2023**

Spannende Referate und neue Modultemen

2 Tage Ausbildung, Diskussionen und Austausch
zu Führungsfragen in der 2. Säule

19. und 20. September 2023, Brunnen

vps.epas

DAS ENDE DER CS UND DIE 2. SÄULE

CS-Übernahme durch UBS, Folgen für PKs

20. März 2023 B

PPCmetrics fasst in einer Präsentation die wichtigsten Fakten der Übernahme sowie mögliche Implikationen für Anleger zusammen.

Die absehbaren Verluste

21. März 2023

Für Hansruedi Scherrer, Partner bei PPCmetrics, ist der Schaden für Pensionskassen wegen des Credit-Suisse-Debakels überschaubar, wie er im cash-Interview sagt. Zu denken geben ihm aber die höheren Systemrisiken und der sinkende Wettbewerb. Auszüge:



Hansruedi Scherrer

Die Konti, welche die Pensionskassen bei der Credit Suisse haben, scheinen sicher?

Das sehen wir auch so. Die Interventionen der letzten Tage haben gezeigt, dass die 'too big to fail'-Banken eine implizite Staatsgarantie aufweisen, und die CS wird nun in eine solide Bank integriert.

Nahezu alle Schweizer Pensionskassen haben in Aktien und Obligationen der Credit Suisse meistens via Anlagefonds investiert. Kann man den Schaden hier schon abschätzen?

Hier ist das Bild sehr differenziert. Etwas zynisch gesprochen, ist der Abschreiber auf den Aktien aufgrund der Rettungsaktion das kleinste Problem. Die grossen Verluste haben die Aktionäre schon früher zu verbuchen gehabt. Bei den Obligationen im engeren Sinn erwarte ich, immer gegeben mein heutiger Wissensstand, eine Beruhigung der Lage und dass diese normal zurückbezahlt werden.

[Weiterlesen »](#)

Die "Renten sind sicher"

21. März 2023




Radio SRF geht in einem Beitrag auf Fragen der Sicherheit von PK-Geldern und Renten in der Folge des CS-Debakels ein.



Verluste sind überschaubar

21. März 2023

 Zu den Folgen der Uebernahme der CS durch die UBS gehören die Verluste auf Aktien und Obligationen der Bank und vor allem, dass ein wichtiger Konkurrent auf dem Markt verschwindet. Der Tages-Anzeiger zeigt die Konsequenzen anhand der Migros-PK auf.

Das Ende der Grossbank Credit Suisse (CS) hat Folgen für die berufliche Vorsorge. Pensionskassen verlieren einerseits Geld, weil sie mit dem tiefen Übernahmepreis nur noch sehr wenig Geld für ihre CS-Aktien erhalten. Andererseits werden die sogenannten Coco-Anleihen komplett wertlos. Das sind Anleihen, die ein Finanzinstitut bei einem kritischen Ereignis von Fremd- in Eigenkapital umwandeln kann.

Die CS schreibt auf diese Weise Fremdkapital im Umfang von 16 Milliarden Franken ab. Für die Eigentümer dieser Anleihen bedeutet das im vorliegenden Fall einen Totalverlust. Betroffen sind dem Vernehmen nach insbesondere institutionelle Anleger wie Pensionskassen. Diese Anleihen sind attraktiv, weil sie eine vergleichsweise hohe Rendite bringen. Wie das aktuelle Beispiel zeigt, ist damit aber auch ein entsprechendes Risiko verknüpft.

[Weiterlesen »](#)

The advertisement features a purple and blue background with bokeh light effects. On the left, a purple box contains the text 'The HUB' in large white letters, with 'NEWS AND VIEWS FOR INSTITUTIONAL INVESTORS' in smaller white letters below it. Below this, the text 'Tap into the expertise to navigate a changing world' is written in white, followed by a white play button icon and 'EXPLORE THE HUB!'. On the right, the NATIXIS logo is displayed, consisting of a stylized purple 'N' followed by the text 'NATIXIS' and 'INVESTMENT MANAGERS' in smaller letters below it.

Statistisches zur CS-Übernahme durch die UBS

21. März 2023

BFS. Nach der Übernahme der Credit Suisse durch die UBS hat das Bundesamt für Statistik (BFS) ein paar relevante Zahlen aus dem Finanzwesen in der Schweiz zusammengetragen.

Medianlöhne im Finanzwesen

2020 belief sich der Bruttomedianlohn im Wirtschaftszweig Finanzdienstleistungen (Banken) für eine 100%-Stelle auf 10 317 Franken pro Monat. Zum Vergleich: Der Bruttomedianlohn für die gesamte Schweizer Privatwirtschaft lag im gleichen Jahr bei monatlich 6361 Franken für eine Vollzeitstelle. Im Bankenwesen verdienten Arbeitnehmende ohne Führungsfunktion 7142 Franken brutto pro Monat, das obere Kader 15 571 Franken.

[Weiterlesen »](#)

“PKs doppelt benachteiligt”

21. März 2023



In einer Mitteilung kritisiert die Ethos-Stiftung die Übernahme der CS durch die UBS und sieht die Pensionskassen doppelt benachteiligt.

Die Schweizer Pensionskassen, deren Interessen die Ethos Stiftung verteidigt und vertritt, werden durch diese Transaktion doppelt benachteiligt. Erstens werden sie als Aktionärinnen der beiden Banken an der Generalversammlung nicht über den Kauf abstimmen können, da eine Verordnung des Bundesrates eine Abweichung von der Bestimmung des schweizerischen Fusions- und Übernahmegesetzes erlaubt.

Zweitens werden sie in Zukunft, wie alle Kundinnen und Kunden (Pensionskassen, KMU, Privatpersonen usw.), mit den Risiken konfrontiert sein, die eine marktbeherrschende Stellung einer einzigen Grossbank auf dem Schweizer Markt mit sich bringt.

[Weiterlesen »](#)



BVG-REFORM

Arbeitgeberverband: “Zielsetzung erfüllt”

17. März 2023



Der Arbeitgeberverband zeigt sich befriedigt mit dem Resultat der BVG-Reform und sieht die Zielsetzung “insgesamt erfüllt”. Der Verband schreibt:

In der Schlussabstimmung haben die eidgenössischen Räte die Reform der zweiten Säule angenommen. Damit geht ein zäher und langandauernder politischer Prozess zu Ende, den auch die Arbeitgeber stark mitgeprägt haben. Nun steht fest: Man mag sich über den Weg gestritten haben, die Zielsetzungen der Reform sind aber allesamt erfüllt.

Bei einem Marathon sind bekanntlich die letzten Kilometer die schlimmsten. Ähnlich zäh gestalteten sich auch die finalen Diskussionen zur Reform der beruflichen Vorsorge (BVG). Nach über zweijähriger Beratung in den eidgenössischen Räten war am Ende gar eine Einigungskonferenz notwendig, um die verbleibenden Differenzen aus dem Weg zu räumen. Mit der Schlussabstimmung am letzten Tag der Frühjahrssession hat das Leiden aber ein Ende gefunden: National- und Ständerat haben die Vorlage mit deutlicher Mehrheit angenommen.

[Weiterlesen »](#)

“Rentenerhalt im Parlament gescheitert”

17. März 2023



Der Gewerkschaftsbund sieht als einzigen Gewinner der BVG-Reform die Finanzindustrie. In der Stellungnahme schreibt Gabriela Medici:

Nach dem Scheitern von AV 2020 wurden die Sozialpartner vom Bundesrat beauftragt, einen Lösungsvorschlag für die drängendsten

Probleme in der 2. Säule zu erarbeiten. Denn es sind die Sozialpartner, welche die Verantwortung für die 2. Säule tragen, sie finanzieren und gestalten.

Der nach intensiven Verhandlungen erreichte Reformvorschlag wurde vom Bundesrat übernommen und dem Parlament vorgelegt. Er hätte das BVG modernisiert, die Renten stabilisiert und jene von Teilzeitbeschäftigten und tiefen Einkommen umgehend verbessert.

Die heute vom Parlament in der Schlussabstimmung verabschiedete Vorlage hat damit nichts mehr zu tun. Das Parlament hat sie für Arbeitnehmende aller Generationen zum teuren und willkürlichen Abbauprojekt verhunzt. Nicht nur werden die Rentensenkungen des letzten Jahrzehnts mit der Senkung des Umwandlungssatzes auf 6 Prozent weitergeführt.

[Weiterlesen »](#)



“Mehr Nach- als Vorteile”

17. März 2023



Der Pensionskassenverband äussert seine Bedenken gegen die jetzt vom Parlament verabschiedete BVG-Reform, will eine abschliessende Gesamtwürdigung aber erst nach Konsultation seiner Mitglieder vornehmen. Der Verband schreibt:

Der ASIP hat als Fachverband zu Beginn der Beratungen mit einer eigenen Vorlage den Weg für eine BVG-Reform aufgezeigt. Wir haben den parlamentarischen Prozess mit zahlreichen Vorschlägen intensiv begleitet. Unser Ziel war und ist es, mit einer fairen Lösung die langfristige Sicherung der BVG-Renten der unmittelbar betroffenen 14% der Versicherten im Kapitaldeckungsverfahren zu gewährleisten, ohne die Generationensolidarität überzustrapazieren.

Dafür sollten vor allem die Umverteilung für Jüngere deutlich reduziert und eine zu hohe finanzielle Belastung der Versicherten und der Arbeitgebenden vermieden werden. Zudem sollte die Reform für alle Versicherten und Arbeitgebenden finanziell tragbar und durch die Pensionskassen möglichst

effizient, unter Vermeidung unnötiger Verwaltungskosten umsetzbar sein. Positiv kann immerhin festgehalten werden, dass das Parlament den Sozialpartner-Kompromiss zu Recht deutlich abgelehnt hat.

[Weiterlesen »](#)

“Es ist ein gelungener Kompromiss”

18. März 2023



economiesuisse

Die bürgerlichen Parteien plus der Arbeitgeberverband geben sich in einer gemeinsamen Stellungnahme auf der Website von Economiesuisse stolz und glücklich über die vom Parlament verabschiedete BVG-Reform.

"Es ist ein gelungener Kompromiss: Beide Kammern haben sich mit der Senkung der Eintrittsschwelle darauf geeinigt, künftig deutlich mehr Menschen einen Zugang zur zweiten Säule zu ermöglichen. All jene, die bis anhin nicht versichert waren, werden nicht nur von besseren Renten profitieren, sondern auch gegen Tod oder Invalidität versichert sein.

Für Menschen, die bereits BVG-versichert sind, bedeutet die Reform ebenfalls ein Grund zur Freude: Die Senkung des Koordinationsabzugs wird besonders bei Menschen mit tiefen Einkommen oder Teilzeitarbeitenden zu deutlichen Verbesserungen bei den Renten führen (bis zu 340 Prozent). Auch Mehrfachbeschäftigte profitieren vom neuen prozentualen Koordinationsabzug.

[Weiterlesen »](#)

"Ein ausgewogener Kompromiss"

Der Versicherungsverband begrüsst die von National- und Ständerat in der Schlussabstimmung verabschiedete Reform der beruflichen Vorsorge. Sie stelle einen mehrheitsfähigen Kompromiss dar, der die zweite Säule an die veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anpasst. In seiner Stellungnahme schreibt der Verband:

National- und Ständerat haben am 17. März die Reform der beruflichen Vorsorge verabschiedet. Sie einigten sich damit nach intensiven Beratungen auf ein ausgewogenes Massnahmenpaket, das einen guten Kompromiss und einen wichtigen Beitrag für eine zukunftsfähige Altersvorsorge darstellt.

Es umfasst die Senkung des überhöhten BVG-Umwandlungssatzes von 6,8 Prozent auf 6,0 Prozent, was die unerwünschte Umverteilung von den Erwerbstätigen zu den Rentenbeziehenden reduziert. Mit der gleichzeitigen Verstärkung des Sparprozesses wird der Senkung des BVG-

Umwandlungssatzes entgegengewirkt und die Vorsorgesituation von Erwerbstätigen mit tiefen Löhnen – oft jüngere oder teilzeiterwerbstätige Frauen und Männer – verbessert. «Das Parlament hat sich auf ein ausgewogenes Reformpaket zu vertretbaren Kosten geeinigt, das auch von der Schweizer Versicherungswirtschaft unterstützt wird», sagt Urs Arbter, Direktor des SVV.

Der SVV ist zuversichtlich, dass sich die Räte auf eine mehrheitsfähige Reform geeinigt haben, die auch in der zu erwartenden Volksabstimmung Bestand haben wird. «Auch das Schweizer Stimmvolk wird verstehen, dass die Reform der zweiten Säule nicht weiter verzögert werden darf. Das nun verabschiedete Massnahmenpaket ist ein konstruktiver und kostenmässig verkraftbarer Kompromiss zu Gunsten einer zeitgemässen beruflichen Vorsorge», führt Arbter weiter aus.

[Stellungnahme SVV](#)

"Übers Ziel hinaus geschossen"

17. März 2023



inter-pension schreibt in einer Stellungnahme zu den Entscheiden der Eidg. Räte:

"National- und Ständerat haben nach dreijähriger Beratung mit 113 Ja-Stimmen, 69 Nein-Stimmen und 15 Enthaltungen bzw. 29 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen einen mühsam erarbeiteten Kompromiss zur Reform der beruflichen Vorsorge angenommen.

Das Hauptziel, die Senkung des Umwandlungssatzes von 6,8 auf 6,0 Prozent, sowie die Anpassung der beruflichen Vorsorge an die neue Arbeitswelt wird mit der Reform erreicht. Mit dem Einbezug der Teilzeitbeschäftigten, der kleinen Einkommen, insbesondere jene der Frauen, wird die 2. Säule modernisiert. Die getroffenen Ausgleichsmassnahmen und die Senkung der Eintrittsschwelle schiessen allerdings über das gesetzte Ziel hinaus.

[Weiterlesen »](#)

“Versicherer können vorerst aufatmen”

20. März 2023

Die Handelszeitung berichtet über Stimmen aus der Assekuranz, die sich insgesamt positiv zum Abschluss der BVG-Reform äussern.

Für die **Axa** Grund genug, jetzt erst recht die Modernisierung der beruflichen Vorsorge zügig voranzutreiben: «Wir erachten es als wichtig, die berufliche Vorsorge zu modernisieren und der heutigen Realität anzupassen, also Teilzeitpensen, Mehrfachbeschäftigungen sowie Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser gerecht zu werden», sagt Axa-Sprecherin Anna Ehrensperger zu HZ Insurance. (...)

Zufrieden über den Ausgang der Abstimmung im Parlament zeigt sich auch **Swiss Life**. «Die Revision bringt die längst fällige Anpassung des Mindestumwandlungssatzes an die demographische Entwicklung», sagt Sprecher [Tim Hegglin](#) zu HZ Insurance. Dadurch werde die Umverteilung zulasten der aktiven Versicherten endlich spürbar reduziert. (...)

[Weiterlesen »](#)

Vertrauensverluste bei den Versicherten

16. März 2023



Einen Tag vor der Schlussabstimmung zur BVG-Revision richtet sich die Kammer der Pensionskassen-Experten in einer unmissverständlichen Stellungnahme an die Parlamentarier:

Die Schweizerische Kammer der Pensionskassen-Experten SKPE und ihre Mitglieder haben sich in den letzten Jahren intensiv mit der BVG-Reform auseinandergesetzt. Eine Reform der beruflichen Vorsorge ist wichtig und soll folgende Ziele erreichen:

- Einschränkung der Umverteilungen
- Finanzielle Sicherung der Renten
- Absicherung der Teilzeitbeschäftigten
- Stärkung der Transparenz und Verständlichkeit der beruflichen Vorsorge

Um die finanzielle Sicherung der Renten nicht zu gefährden, muss eine Abfederung der durch den tieferen Mindestumwandlungssatz verursachten Leistungseinbussen effizient sein. Das heisst, sie darf nur für die betroffenen Versicherten erfolgen und nicht nach dem Giesskannenprinzip. Sie erfolgt am besten nach dem sogenannten Anrechnungsprinzip, bei dem bisherige und neue Leistungen verglichen werden und die Differenz teilweise oder ganz ausgeglichen wird.

Beim vorliegenden Rentenzuschlag ist dies nicht der Fall. Gewisse Versicherte werden überkompensiert, andere gar nicht. Das System des Ausgleichs verfehlt deshalb sein Ziel. Die getroffene Lösung muss zudem in wesentlichen Punkten durch den Bundesrat präzisiert werden.

Für den Versicherten ist die zu erwartende Pensionskassenleistung nur noch schwer nachvollziehbar. Entscheide wie der zwischen Kapital und Rente werden so unnötig kompliziert und das Vertrauen in die zweite Säule

schwindet. Zudem werden bei den Pensionskassen erhebliche zusätzliche Verwaltungskosten für die konkrete Umsetzung verursacht.

Die Schweizerische Kammer der Pensionskassen-Experten (SKPE) fordert das Parlament auf, die vorliegende BVG-Reform abzulehnen und eine neue anzupacken.

Wir unterstützen gerne mit unseren Fachkenntnissen.
Schweizerische Kammer der Pensionskassen-Experten SKPE



Centre Patronal: “2. Säule verdient Besseres”

16. März 2023



Centre Patronal

Das Centre Patronal hält wenig von der BVG-Reform, wie sie am Freitag in die Schlussabstimmung geht und plädiert dafür, das Geschäft schon im Parlament scheitern zu lassen, statt es in eine wenig erfolgversprechende Volksabstimmung zu schicken. Brenda Duruz-McEnvoy schreibt:

Anstatt sich an die strategischen Leitlinien zu halten, haben die Kammern in erster Linie mit grossem Detaileifer Methoden untersucht, mit denen die Senkung des Umwandlungssatzes flankiert und Rentenkürzungen gemindert werden können. Am Ende entschieden sie sich für die **ungerechtesten, kompliziertesten und ausländerfreundlichsten Übergangsmassnahmen.**

Ungerecht und nicht nachhaltig ist das Modell, weil es die Ungleichheiten zwischen den Generationen verschärft und die Umverteilungseffekte, welche dem BVG-System nicht entsprechen, verstärkt, anstatt sie zu beheben. Komplex ist das Modell, weil die neue Definition des Lohns und die Regeln für die Gewährung von Zuschlägen für die Pensionskassen sehr schwer zu handhaben sein werden, selbst für diejenigen, die nicht vom gesetzlichen BVG-Minimum betroffen sind.

Ausländerfreundlich ist das Modell schliesslich aufgrund von Rentenzuschlägen, die gegenüber dem Vorsorgesparen einen Schwelleneffekt beinhalten, was Personen begünstigt, die nur einen Teil ihrer beruflichen Laufbahn in der Schweiz absolviert haben.

[Weiterlesen »](#)

Enttäuschung, Skepsis, Horror

14. März 2023



Die Innovation Zweite Säule (IZS) hat unmittelbar nach dem Abschluss der Beratung der BVG-Reform im Ständerat am 14.4.23 einen "Online-Dialog" zu den Ergebnisse geführt. Reto Leibundgut (c-alm) hielt ein kurzes Eingangsreferat, danach diskutierten unter der Moderation von Josef Bachmann, Präsident der IZS; zusätzlich Mia Mendez, PK PwC; Radim Portmann, Zürich Versicherung und Peter Wirth, Vorsorgeforum.

Während Portmann der Revision immerhin zugute hielt, dass die Diskussion Fahrt aufgenommen habe und die Bereitschaft erkenntlich wurde, den Bedürfnissen der Frauen und generell den Teilzeit- und Mehrfachbeschäftigten in der 2. Säule Rechnung zu tragen, vermochten die übrigen Teilnehmer der Revision wenig bis gar nichts abzugewinnen.

[Weiterlesen »](#)

Differenzbereinigung im SR, Einigungskonferenz notwendig

14. März 2023

Bei der Eintrittsschwelle ist der Ständerat dem Kompromiss-Vorschlag des Nationalrats nicht gefolgt (32:8 Stimmen). Die Differenz bleibt.

Bei der Anpassung der Regelung bei Arbeitslosigkeit ist der SR dem NR gefolgt.

Auch keine Einigung wurde gefunden bei der Zuordnung der Einkäufe (neuer Artikel BVG 79b). Der SR beharrt auf der Verbuchung im Obligatorium bis zur regl. Obergrenze, der NR will Beibehaltung der aktuellen Regelung. Das Geschäft geht in die Einigungskonferenz.

 Fahne Ständerat. [PDF](#) / Anträge. [PDF](#) /  Ratsprotokoll. [Link](#)

Streitpunkt Eintrittsschwelle

14. März 2023



(sda) Die Reform der beruflichen Vorsorge ist auch nach der dritten Beratung im Nationalrat nicht bereinigt. Weiterhin zu reden gibt die sogenannte Eintrittsschwelle. Die grosse Kammer hat am Montag einen Kompromissvorschlag gemacht.

Die Eintrittsschwelle gibt an, für wen überhaupt eine Pensionskasse geführt werden muss. Derzeit liegt sie bei einem Jahreslohn von 22'050 Franken. Der Nationalrat wollte zuerst die Schwelle auf 12'548 Franken senken und später an der heutigen Schwelle festhalten. Der Ständerat will die Grenze auf 17'640 Franken senken, wie er zuletzt bekräftigte. Mit einer Senkung sollen Teilzeit- und Mehrfachangestellte bessergestellt werden.

[Weiterlesen »](#)

Differenzbereinigung im Nationalrat

13. März 2023



pw. Der Nationalrat hat seine Beschlüsse in der zweiten Rund der Differenzbereinigung bei der BVG-Reform gefasst.

Art. 2. Eintrittsschwelle. Der NR bleibt bei der Senkung auf 17'208 Franken (geltendes Recht 22'050) mit 98:83 Stimmen. Der SR will auf 17'208 Senken.

Art. 8. Koordinierter Lohn. Arbeitnehmer im Rahmen eines Personalverleihs. Minderheit Thomas Rechsteiner abgelehnt mit 142:47 Stimmen.

Art. 33a. Weiterversicherung des bisherigen versicherten Verdienstes. Minderheit Aeschi Thomas mit 95:94 Stimmen abgelehnt.

 [Ratsprotokoll](#)

BVG-Reform: Annahme in der Schlussabstimmung

17. März 2023



Der Ständerat hat die BVG-Reform, Geschäft [20.089](#), in der Schlussabstimmung mit 29 gegen 8 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Der Nationalrat stimmte mit 113 gegen 69 Stimmen zu, 15 Enthaltungen.

 [Nationalrat](#) / [Ständerat](#)

MEDIEN ZUR BVG-REFORM

ASIP zum Medienecho

21. März 2023

Der Pensionskassenverband hat Presseberichte und -kommentare zur BVG-Reform gesammelt und publiziert.

 [ASIP](#)

Reform verdient Chance

17. März 2023

NZZ Fabian Schäfer, Bundeshausredaktor der NZZ, unterstützt in seinem Kommentar den Entscheid des Parlaments zur BVG-Reform.

Vor vier Jahren sah die Welt anders aus, da strahlten mächtige Männer in Bern um die Wette. In diskreten Vorgesprächen zur Pensionskassen-Vorlage kam der Arbeitgeberverband den Gewerkschaften derart weit entgegen, dass manche Kritiker spöttisch fragten, ob bald die Fusion bevorstehe. Die Verbände einigten sich tatsächlich darauf, im BVG systemfremde Milliarden-transfers à la AHV einzuführen: dauerhaft, ungezielt, zulasten der Jungen. Logisch, dass Bundesrat Alain Berset den Steilpass freudig aufnahm. Der Sozialdemokrat hätte kaum je eine solche Umverteilungsparty durch den Bundesrat gebracht, wären nicht die Arbeitgeber an Bord gewesen.

Von solchen Ideen ist man heute zum Glück weit entfernt. Das Ergebnis des Prozesses ist wesentlich besser als sein Ursprung, auch wenn es immer noch einiges auszusetzen gibt. Die Vorlage geht in zwei zentralen Fragen sehr weit: Erstens sieht sie bewusst «Ausgleichsmassnahmen» auch für Angestellte vor, bei denen es gar nichts auszugleichen gibt. In der 15-jährigen Übergangsgeneration erhalten Personen Rentenzuschläge, die durch die Reform keine Nachteile erleiden.

[Weiterlesen »](#)

“Die Linke reibt sich schon die Hände”

18. März 2023



Die Pensionskassen-Reform hat es durchs Parlament geschafft. Doch das Referendum ist bereits angekündigt. Für die Linke ein «Geschenk» mitten im Wahljahr, meint Fabian Renz im Blick.

Für die SP ist das Referendum ein «Geschenk» mitten im Wahljahr, wie einige Bürgerliche monieren. Bis zu den Sommerferien können die Genossinnen und Genossen damit ihre Vorkampagne führen. «Wer sich für anständige Renten einsetzt und die Kaufkraft stärken will, unterschreibt unser Referendum», sagt SP-Co-Chefin Mattea Meyer (35), schon in Wahlkampfstimmung. «Wir müssen zurück auf Feld eins, um eine anständige Lösung zu finden.»

Der Abstimmungstermin ist jedenfalls so gut wie gesetzt: der 3. März 2024. Dann kommt es zum Showdown. Die Linke reibt sich jetzt schon die Hände. Nach einer knappen Niederlage bei der [AHV-Abstimmung](#) hat sie bei der Pensionskassen-Reform einen Sieg in der Rentenfrage vor Augen.



“Abstimmungskampf wird extrem schwierig”

18. März 2023



Hansueli Schöchli wiegt in der NZZ die Erfolgchancen der BVG-Reform an der Urne ab. Noch unklar ist die Haltung des Gewerbes.

Auch im Gewerbeverband gibt es manche Skeptiker. Der Verbandspräsident und Tessiner Mitte-Nationalrat Fabio Regazzi hat sich am Freitag der Stimme enthalten. Diese Woche zeigte laut Regazzi eine Sitzung des 15-köpfigen Verbandsvorstands, dass die Gewerbevertreter gespalten seien. Die Gegner kritisierten vor allem die höheren Lohnabzüge.

Die Befürworter betonten laut Regazzi, dass bei einem Scheitern die nächste Reform nicht besser werde, sondern noch schlechter kommen könne. Persönlich sei er zurzeit auch gespalten, ergänzt der Gewerbechef: «Ich bin nicht begeistert von der Reform, aber ich kann auch die Argumente der Befürworter verstehen.»

Die Parole des Gewerbeverbands wird laut dem Präsidenten diesen Herbst durch die Gewerbekammer gefasst. Jeder Ausgang sei möglich: Ja, Nein, Stimmfreigabe. Eines ist aber für Regazzi schon heute ziemlich klar: «Ich sehe nicht, dass wir uns massiv für die Vorlage engagieren.» [Weiterlesen »](#)

“Die Altersgruppe Ü50 darf sich freuen”

18. März 2023

NZZ In der NZZ gibt Fabian Schäfer einen bunt bebilderten Ueberblick über Inhalt und Folgen der vom Parlament verabschiedeten BVG-Reform. Er hält fest:

Das Spezielle an der Vorlage ist, dass sie sich während 15 Jahren auf praktisch alle Angestellten und Firmen in diesem Land finanziell auswirken wird, dass gleichzeitig aber die konkreten Folgen sehr individuell sind. Mehr noch: Sie widersprechen teilweise jeder Intuition. Man nehme zwei Personen: Mona und Lisa, beide 55 Jahre alt, beide verdienen gleich viel. Wer meint, sie seien gleich betroffen, irrt. Es kann ohne weiteres sein, dass Mona dank der Reform lebenslang einen Rentenzuschlag von 200 Franken erhält und Lisa nicht.

Oder man nehme Hans und Ueli, beide 25-jährig, beide verdienen 55 000 Franken im Jahr. Gut möglich, dass Hans fortan zusammen mit seinem Arbeitgeber jeden Monat 150 Franken mehr in seine Pensionskasse einzahlen muss als bisher, während Ueli davon verschont bleibt.

[Weiterlesen »](#)

“Eine Rentenreform, die zu viele verprellt”

18. März 2023



“Das Parlament verordnet der beruflichen Vorsorge eine Kur, die an der Urne scheitern wird. Das Interesse an einer echten Lösung scheint gering”, schreibt Fabian Renz im Tages-Anzeiger und gibt der BVG-Reform geringe Chancen.

Wie wollen die Befürworter etwa die 25-jährige Teilzeitangestellte mit 40'000 Franken Jahreslohn überzeugen? Diese könnte zwar, dank besserer Versicherung des Tieflohnbereichs, mit einer etwas höheren Rente rechnen. Doch käme sie dieses Versprechen teuer zu stehen: Von ihrem ohnehin kleinen Lohn würde ihr künftig ein massiv höherer Betrag abgezogen.

Oder wie will man einen 50-jährigen Mann mit einem Einkommen von 88'000 Franken zu einem Ja motivieren? Stimmt er zu, muss er – pro Monat! – mit 270 Franken weniger Rente auskommen. Dass es nicht gelungen ist, die Senkung des Umwandlungssatzes durch Ausgleichsmassnahmen für alle abzufedern, gehört zu den hässlichen Pferdefüssen der Vorlage.

[Weiterlesen »](#)

“Tragik des gut schweizerischen Kompromisses”

16. März 2023

Die CH-Medien kommentieren die Situation bei der BVG-Reform und benützen nicht ganz falsch den Ausdruck “Tragik”. U.a. in der Aargauer Zeitung (AZ) heisst es:

Und es lässt sich nicht schönreden, die Reform der zweiten Säule steht abermals unter keinem guten Stern. Zwar einigten sich im Sommer 2019 die Sozialpartner überraschend auf eine Reformvorlage. Doch ausser SP, Grünen und Gewerkschaften konnte sich niemand damit anfreunden. Die Idee, allen Neurentnerinnen und Neurentnern einen Rentenzuschlag bis zu 200 Franken zu schenken, war für GLP, Mitte, FDP und SVP schlicht zu teuer.

Auch der Weg der Pensionskassen-Vertreter war vorgezeichnet: Die Reform soll schlank über die Bühne gehen. Denn die Mehrheit der Kassen hat heute gar kein Problem mit der Rentenfinanzierung. Die meisten haben die längere Lebenserwartung ihrer Versicherten ausgeglichen, indem sie die Lohnbeiträge erhöht und die Umwandlungssätze gesenkt haben. Genau das soll nun die Reform auch bei jenen Kassen durchsetzen, die Personen im BVG-Minimum versichern.

[Weiterlesen »](#)

“Rentendesaster, Totgeburt, harte Opfer”

16. März 2023

WOZ Wenig überraschend hält Die Wochenzeitung (woz) eisern am Sozialpartnerkompromiss fest, alles andere ist für das Blatt von übel. Allerdings wird mit den Tatsachen und grösseren Zusammenhängen recht locker umgegangen. Im Beitrag über die Rentenform unter dem Titel “Bürgerliche in der Klemme” schreibt Andreas Fagetti:

Es sind harte Opfer, die die bürgerlichen Parteien den Versicherten abverlangen wollen. Der Umwandlungssatz wird von 6,8 auf 6 Prozent gesenkt, was die Rentensenkungen weiter akzentuiert. Zwar sollen etwa die Hälfte der Versicherten einer Übergangsgeneration Kompensationen erhalten, damit ihre Renten stabilisiert werden. Alle anderen müssten mit noch tieferen Renten zurande kommen.

Der Gewerkschaftsbund hat errechnet, dass die mittlere PK-Rente heute 230 Franken tiefer liegt als noch vor wenigen Jahren. Die BVG-Reform würde die Renten nochmals um bis zu 200 Franken monatlich senken. Nicht

eingerechnet sind dabei die inflationsbedingte Verteuerung des Lebens, steigende Mieten und Krankenkassenprämien. (...)

[Weiterlesen »](#)

Subventionierte Einkäufe

15. März 2023

Hansueli Schöchli befasst sich in der NZZ mit der Frage der Einkäufe, die eine der in der Einigungskonferenz zu behandelnden Differenzen. Er schreibt:

Die Pensionskassen behandeln freiwillige Einkäufe in der Regel als überobligatorisches Vorsorgekapital. Der Ständerat will nun aber, dass die Kassen solche Einkäufe bis zum Auffüllen der Beitragslücken des Betroffenen voll zum obligatorischen Kapital zählen müssen. Diese unscheinbare Differenz kann bedeutende Folgen haben: Denn für das obligatorische Vorsorgekapital verlangt das Gesetz als Minimum eine subventionierte Jahresrente von 6,8 Prozent des angesparten Kapitals (im Jargon: Umwandlungssatz). Pro 100'000 Franken Alterskapital muss also die Jahresrente mindestens 6800 Franken betragen. Beim überobligatorischen Kapital sind die Pensionskassen frei.

[Weiterlesen »](#)

Volkes-Stimme

14. März 2023


Die "20 Minuten-Community" kommentiert die laufende BVG-Reform und das System der Pensionskassen insgesamt. Ein paar Stimmen dazu:

«Da stimme ich den Linken zu, dass die Pensionskassen abzocken», kommentiert User mrgoodkat. «Das wissen wir schon lange!», findet Leserin sara1959. «Würde wenigstens die Performance stimmen. Aber nein, seit Jahren sinkt der Umwandlungssatz. Bald lohnt es sich nicht mehr, eine Pensionskasse zu haben», so Repter.

User Arhus denkt etwa: «Versicherungen sollten keine Pensionskassen betreuen und verwalten dürfen. Ihr einziges Ziel ist es, Gewinne zu machen. Sie kassieren mit den Pensionskassen Milliarden.»

«Richtig wäre eine Einheitskasse analog der AHV. Dasselbe gilt für die Krankenkassen. Die jetzigen Formen kosten zu viel für all diese unzähligen und unnötigen Verwaltungen», so User HappyDay. User Adam92 schlägt vor: «Wie wäre es mit einer staatlichen oder zumindest Non-Profit-Organisation als freiwillige Alternative zur Arbeitgeber-Pensionskasse?»

Und Dimanche denkt: «Das 3-Säulen-System ist in meinen Augen veraltet. Ich bin für ein 2-Säulen-System. Statt an die zweite Säule sollte man das Geld an die Säule 3a einzahlen können.»

 [20-Minuten](#)

Linke nicht zu Kompromiss fähig”

18. März 2023

FuW Arno Schmocker sieht in der Finanz und Wirtschaft nicht nur Mängel bei der BVG-Reform, sondern auch ungenügende Unterstützung auf bürgerlicher und Wirtschaftsseite, um sie durch die Abstimmung zu bringen.

Bis 2039 werden 11,3 Mrd. Fr. Ausgleichsgelder ausbezahlt. Die nationalrätliche Variante wäre 2,5 Mrd. Fr. günstiger gewesen. De facto ist es ein Leistungsausbau, den die Erwerbstätigen und vor allem die Jungen via Lohnprozente mitfinanzieren. Das eigentliche Ziel der Reform, die Lasten gerechter zwischen den Generationen zu verteilen, wird nur ansatzweise erreicht.

[Weiterlesen »](#)

KAPITALANLAGEN

Werden die Mieter übervorteilt?

26. März 2023

78 Milliarden Franken hätten Mieterinnen und Mieter in der Schweiz seit 2006 zu viel an Miete bezahlt, behauptet die SP. Die Zahlen stimmen nachweislich nicht. Aber das stört die Partei nicht: Sie verlangt nun trotzdem eine staatliche Mietzinskontrolle. Andrea Martel schreibt dazu in der NZZ:

Die 78 Milliarden, von denen die SP spricht, entstammen einer [Analyse](#), die das Büro für Arbeits- und sozialpolitische Studien (Bass) 2021 im Auftrag des Mieterverbands erstellt hat. Die Zahl ist das Resultat einer relativ einfachen Milchbüchli-Rechnung. Die Autoren vergleichen die Entwicklung des BfS-Mietpreisindex mit einer selbst kreierte Kurve, die sie «erwarteten Mietpreisindex aufgrund der relevanten Kostenfaktoren gemäss geltendem Mietrecht» nennen (in der Grafik die oberste und die unterste Linie). Und die Differenz zwischen diesen beiden Kurven ist für sie «Miete, die zu viel bezahlt wurde». (...)

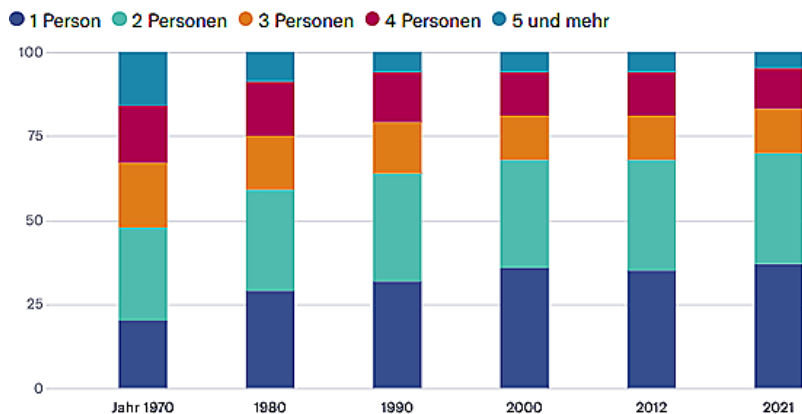
[Weiterlesen »](#)

Was heisst Wohnungsnot?

22. März 2023

Die vielen Ein-Personen-Haushalte treiben die Wohnungsnachfrage

Haushalte Schweiz nach Personenzahl, Anteil in %



1970: Total 2 Mio. Haushalte; 2021: Total 3,9 Mio. Haushalte
Quelle: Iazi, BFS

Andrea Martel geht in der NZZ der Frage nach, was Wohnungsnot eigentlich bedeutet und ob eine solche aktuell festgestellt werden kann. Ausschlaggebend ist in den meisten Analysen die Leerwohnungsziffer.

Allerdings ist die Leerwohnungsziffer laut Scognamiglio [Donato Scognamiglio, CEO des Immobilienberatungsunternehmens Iazi] ein schlechter Indikator: «Diese Zahl zeigt nicht, wie knapp das Angebot an begehrten Wohnungen ist. Das sind vielmehr die Wohnungen, die keiner will.»

Scognamiglio ist nicht der Einzige, der die Leerstandsnummer als Knappheitsindikator kritisiert. Auch für den Juristen und Immobilienexperten Urs Hausmann gäbe es bessere Alternativen. Dass auf die Leerwohnungsziffer abgestellt werde, habe historische Gründe, schrieb Hausmann vor einigen Jahren in einem [Gutachten](#). Als die Behörden vor fünfzig Jahren begonnen hätten, sich mit der Knappheit am Wohnungsmarkt zu befassen, habe man diese jährlichen Zählungen eingeführt.

[Weiterlesen »](#)

PARLAMENT

SGK-N gegen Renteninitiative

26. März 2023



Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) empfiehlt mit grosser Mehrheit, die Renteninitiative der Jungfreisinnigen abzulehnen. Sie spricht sich auch gegen einen direkten sowie einen indirekten

Gegenvorschlag aus, mit welchen die Einführung einer Schuldenbremse für die AHV beantragt wurde. Statt einseitig bei der Höhe des Rentenalters anzusetzen, möchte die Kommission die nächste Reform abwarten, die der Bundesrat dem Parlament bis spätestens 2026 unterbreiten muss.

 [Mitteilung SGK](#)

Parlament lehnt Initiative für 13. AHV-Rente ab

15. März 2023



(sda) Das Bundesparlament stellt sich gegen die Initiative "Für ein besseres Leben im Alter". Nach dem Nationalrat hat am Mittwoch auch der Ständerat das Volksbegehren für einen Rentenzuschlag im Umfang einer 13. AHV-Rente abgelehnt.

In der kleinen Kammer setzte sich die bürgerliche Mehrheit mit 28 zu 10 Stimmen bei einer Enthaltung durch. In der Wintersession hatte schon der Nationalrat Nein zur Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) gesagt.

[Weiterlesen »](#)

Zwei Initiativen, zwei Welten

16. März 2023

NZZ "Man stelle sich zwei Volksinitiativen vor. Die eine verspricht zusätzlichen Wohlstand, der vom Himmel fällt. Die andere verspricht Blut, Schweiß und Tränen. Welche ist wohl populärer? Etwa dies ist die politische Ausgangslage für die zwei Volksvorstösse zur Altersvorsorge, über die der Ständerat am Mittwoch debattierte." Dies die ersten Zeilen des Beitrags von Hansueli Schöchli in der NZZ, der sich mit der Renteninitiative der Jungfreisinnigen und der SGB-Initiative für eine 13. AHV-Rente befasst.

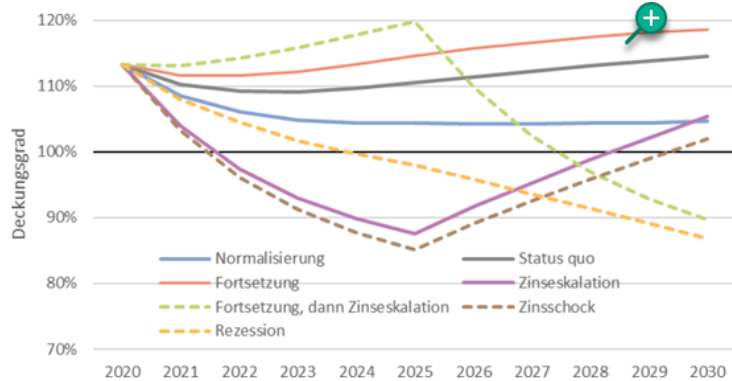
 [NZZ](#)

AKTUARIELLES

Auswirkungen von Tiefzinsen

23. März 2023

Entwicklung des durchschnittlichen gewichteten Deckungsgrads nach Basis- und Stress-Szenario



Die Studie "Auswirkungen einer längerfristigen Tiefzinsperiode auf die berufliche Vorsorge", die im Juni 2022 in französischer Sprache publiziert wurde, ist nun dank der Unterstützung von Pittet auch auf Deutsch verfügbar. Der Forschungsbericht enthält Zusammenfassungen in Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch.

Im Summary wird festgehalten:

Die Ergebnisse der Projektionen zeigen, dass das Kapitaldeckungsverfahren der 2. Säule für alle in der Studie analysierten Szenarien stabil funktioniert (siehe Abbildung oben).

Angesichts des sehr geringen Anteils an Vorsorgeeinrichtungen, deren Deckungsgrad nach zehn Jahren unter 90 % liegt, besteht für die 2. Säule kein Ausfallrisiko. Ähnlich oder sogar noch tiefer ist der Anteil der Vorsorgeeinrichtungen, die Ende 2020 eine Unterdeckung aufwiesen. Somit wären die meisten Vorsorgeeinrichtungen in der Lage, die finanziellen Schocks der analysierten Szenarien aufzufangen.

[Weiterlesen »](#)

RECHTSFÄLLE

Witwenrente trotz kurzer Ehe

22. März 2023



Saldo. Ein ehemaliger SBB-Angestellter war seit gut fünf Jahren mit seiner Lebenspartnerin zusammen, lebte aber nur knapp fünf Jahre mit ihr im gleichen Haushalt. Als er erkrankte, heirateten die beiden. Zwei Monate später starb er. Die SBB-Pensionskasse verweigerte eine Witwenrente, weil die Eheleute weniger als fünf Jahre zusammengewohnt hätten. Das Verwaltungsgericht Bern wies die Klage der Frau ab. Das Bundesgericht hiess ihr Begehren gut. Sie hat Anspruch auf 3808 Franken Rente pro Monat statt auf 137'000 Franken Abfindung. Das Reglement verlange nicht, dass Eheleute fünf Jahre zusammengewohnt hätten. Es reiche, wenn sie fünf Jahre eine Lebensgemeinschaft geführt hätten.

Bundesgericht, Urteil 9C_655/2021 vom 3. Februar 2023

 [Saldo](#)

AHV und Rentenalter

15. März 2023



SP-Nationalrätin Flavia Wasserfallen und FDP-Nationalrat Andri Silberschmidt diskutieren im Politikum von Radio SRF über Rentenalter und die Renteninitiative der Jungfreisinnigen.



Did ESG Help Sink SVB?

19. März 2023

WSJ. If government funds it, they will come. That's an overlooked story line in the collapse of Silicon Valley Bank. If Washington wants to point fingers, it should aim the biggest digit at itself.

Let's talk about what actually imploded over the past week. If the name wasn't already a giveaway, SVB was the lender of choice for tech dreamers. It claims to have banked nearly half of all U.S. venture-backed tech and healthcare startups. Yet in recent years those clients have skewed ever more in one direction. "We serve those creating positive environmental change," SVB's website brags, noting that the bank worked with some 1,550 companies in the "climate technology and sustainability sector."

[Weiterlesen »](#)

TERMINE

Tagungen, Versammlungen, Konferenzen

MÄRZ

- 31. März, online
IZS
IZS-Input: BVG-Reform, mit Reto Leibundgut c-alm. [Website](#)

APRIL

- 26. April, Interlaken
Biehler-Stiftungen
10. Vorsorgeforum. [Anmeldung](#)

MAI

- 3. Mai, Zürich
inter-pension
Pressekonferenz: Immobilienanlagen
- 11. Mai, Zürich
PPCmetrics
Stiftungstagung. Anlage- und Führungsentscheide. [Website](#)
- 11. Mai, Zürich
ASIP
Mitgliederversammlung
- 16. Mai, Zürich
vps.epas
Vorsorge Summit. Macht die 2. Säule zur Frauensache. Ausgebucht. [Flyer](#)
- 23. Mai, Zürich
IZS
Mitgliederversammlung
- 25. Mai, Bern
Vorsorgeforum
Mitgliederversammlung
- 31. Mai, Zürich
ZKB
Präsentation Swisscanto-PK Studie 2023

Ausbildung



Weiterbildung

Aus- und Weiterbildung

MÄRZ

- 17. / 24. März, Olten
Fachschule für Personalvorsorge
Grundausbildung für Stiftungsräte (Stufe 1). [Website](#)

APRIL

- 14. April – 12. Mai (5 x 1 Tag), Olten
Fachschule für Personalvorsorge
Fachkurs Rechtsgrundlagen. [Website](#)
- 27. April. Zürich
vps.epas
Workshop für Präsidenten und Vizepräsidenten von Führungsorganen der PKs.
[Website](#)

MAI

- 25 avril / 2/4/9/15/16 mai, Lausanne
Pittet
Modules de formation en prévoyance professionnelle. [Website](#)
- 4. Mai bis 22. Juni (6 x 1 Tag), Zürich
vps.epas
Lehrgang Spezialist/in Risikoleistungen BVG. [Website](#)
- 4 mai, Lausanne / 11 mai, Genève
Aon
Formation pour les membres des Conseils de fondation. [Website](#)
- 8. – 9. Mai, Bern
Movendo
Basiskurs für Mitglieder von Stiftungsräten. [Anmeldung](#)
- 10. Mai Zürich
PK-Netz
Ueber Leistungen reden. [Infos und Anmeldung](#)

- 23. / 30. Mai / 6. / 13. / 20. Juni. Olten
vps.epas
Modulkurs. Einführung in die berufliche Vorsorge. [Website](#)
- 23. Mai, Zürich
vps.epas
vps.epas-Labor: Finanzielle Führung von Pensionskassen. [Website](#)

[weitere Termine](#)

Impressum

Herausgeber: Vorsorgeforum - www.vorsorgeforum.ch

Redaktion: Peter Wirth, [E-Mail](#)

Inserate: Wir informieren Sie gerne über unsere Bedingungen.

Abo: Sie können diesen Newsletter unentgeltlich auf unserer [Website](#) abonnieren. Wenn Sie von der Mailing-List gestrichen werden wollen, so klicken Sie bitte auf den Link in der untersten Zeile dieser Seite.

Mitteilungen an die Redaktion unter info@vorsorgeforum.ch.

Der Newsletter erscheint i.d.R. alle vierzehn Tage.

Das Vorsorgeforum wurde 1989 gegründet. Ihm gehören als Mitglieder an: private und öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen, Organisationen der Sozialpartner, der Schweizerische Pensionskassenverband, Pensionskassen-Experten, der Schweizerische Versicherungsverband, die Bankiervereinigung, Dienstleistungsunternehmen im Bereich berufliche Vorsorge und engagierte Private.